Satzung der Würfelinitiative e.V.

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen Würfelinitiative.
- (2) Er wird in das Vereinsregister eingetragen und führt danach den Zusatz "e.V.".
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Schlüchtern.
- (4) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck des Vereins

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe und der Erziehung, die Förderung der sozialen, kommunikativen und kreativen Bildung aller Altersklassen, sowie die Förderung von Kunst und Kultur im Bereich Fiktion und Fantastik.
- (2) Der Verein verwirklicht diese Ziele insbesondere durch die Organisation, Durchführung und Unterstützung von öffentlichen und vereinsinternen Veranstaltungen und Treffen, bei denen das aktive Spielen von sogenannten **Rollen- und Simulationsspielen**, der gemeinschaftliche Austausch darüber und die Integration von Interessierten in diese Spiele wesentliche Bestandteile sind.

Rollen- und Simulationsspiele sind interaktive Spiele ähnlich dem Improvisations-Theater, bei denen sich Spieler in Gruppen von in der Regel 3-8 Personen in fiktive Charaktere und Welten hineinversetzen und in unterschiedlichen, durch einen Spielleiter erdachten Situationen gemeinsam kreative Problemlösungen erarbeiten, wodurch wichtige soziale und kommunikative Fähigkeiten gefördert werden.

§3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§4 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden.
- (2) Die Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Bei Minderjährigen ist der Aufnahmeantrag zusätzlich durch die gesetzlichen Vertreter zu unterzeichnen, welche sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge verpflichten. Der

Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Eine Ablehnung des Antrags muss er gegenüber dem Antragsteller nicht begründen.

- (3) Die Mitgliedschaft beginnt mit Annahme der Beitrittserklärung durch den Vorstand.
- (4) Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person werden, die an der Verwirklichung der Vereinsziele aktiv oder durch Bereitstellung von Mitteln mitarbeiten will.
- (5) Fördermitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die einen frei wählbaren Jahresbeitrag, mindestens aber den vollen Mitgliedsbeitrag (ohne Ermäßigung) leistet. Fördermitglieder sind nicht verpflichtet, an Veranstaltungen mitzuwirken. Sie haben nur aktives Wahlrecht, sie können sich also nicht selbst für ein Amt bewerben und auch keinerlei Ämter im Verein übernehmen.
- (6) Personen, die den Zweck des Vereins in besonderem Maße gefördert haben, können durch Beschluss des Vorstands zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

§5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod (bei juristischen Personen mit deren Erlöschen), Austritt oder Ausschluss.
- (2) Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Der Austritt kann nur mit einer Frist von einem Monat zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden. Die bereits gezahlten Mitgliedsbeiträge für das laufende Geschäftsjahr werden nicht zurückgezahlt.
- (3) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein den Verein oder die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von über sechs Monaten trotz schriftlicher Mahnung. Der Ausschluss ist dem Mitglied durch den Vorstand mitzuteilen.

§6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen des Vereins zu nutzen, sowie an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und diese zu organisieren. Jedes Mitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet den Verein und insbesondere den Vereinszweck in geeigneter Weise zu fördern und zu unterstützen, ihre Mitgliedsbeiträge zu leisten und, wenn erforderlich, Veranstaltungen des Vereins tatkräftig, organisatorisch oder materiell zu unterstützen.
- (3) Änderungen der Mitgliedsdaten sind dem Vorstand unverzüglich anzuzeigen. Kosten, die dem Verein durch Nichtbeachtung dieser Regelung entstehen, werden dem betreffenden Vereinsmitglied berechnet.

§7 Mitgliedsbeiträge

- (1) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Beitragshöhe und Zahlungsmodalitäten sind in der „Geschäftsordnung“ festgehalten, die von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.
- (2) Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten können nach Beschluss der Mitgliederversammlung Umlagen erhoben werden. Die Höhe der Umlage darf das Sechsfache des Mitgliedsbeitrags nicht übersteigen. Maßgebend ist der Jahresbeitrag, den das zahlungsverpflichtete Mitglied zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Erhebung der Umlage zu zahlen hat.
- (3) Ehrenmitglieder sind von der regulären Beitragspflicht befreit.

§8 Vereinsorgane

- (1) Die Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§9 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB besteht aus mindestens drei und höchstens fünf gleichberechtigten Mitgliedern, die die Geschäfte des Vereins gemeinschaftlich führen. Über die Anzahl der Vorstandsmitglieder entscheidet die Mitgliederversammlung bei der Wahl des Vorstands.
- (2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten. Ausgenommen davon sind Angelegenheiten, die sich aus Wahlen und Beschlüssen von Versammlungen ergeben, das Onlinebanking bei Finanzinstituten sowie Rechtsgeschäfte von bis zu je 1000 €, nach Vorstandsbeschluss in Einzelfällen auch darüber hinaus. In diesen Fällen ist jedes Vorstandsmitglied berechtigt, den Verein allein zu vertreten.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt.
- (4) Die Wahl des Vorstands kann als Einzelwahl oder Blockwahl durchgeführt werden.
- (5) Zu Vorstandsmitgliedern können nur volljährige Mitglieder des Vereins gewählt werden. Generell müssen sie ihrer Beitragspflicht nachgekommen sein.
- (6) Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.
- (7) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder des Vorstands berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zur Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen.
- (8) Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Der Vorstand fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Führt auch die Stichwahl zu Stimmgleichheit, entscheidet ein zufallsbasiertes Verfahren (z.B. Münzwurf oder Losverfahren)
- (9) Der Vorstand kann auch in einem schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder der schriftlichen bzw. elektronischen Beschlussfassung zustimmen.
- (10) Der Vorstand ist zuständig für den Erlass, die Aufhebung und Änderungen der Geschäftsordnung.
- (11) Über die Beschlüsse des Vorstandes ist ein Ergebnisprotokoll zu führen.
- (12) Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig.
- (13) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, darf der Vorstand von sich aus vornehmen. Die Mitgliederversammlung muss hierzu bei allernächster Gelegenheit über die vorgenommenen Satzungsänderungen informiert werden.

§10 Die Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie wird von einem Vorstandsmitglied geleitet. Sie ist insbesondere zuständig für die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a. Änderungen der Satzung
 - b. Erlass, Aufhebung und Änderungen von Vereinsordnungen
 - c. Festsetzung der Umlagen und der Höhe der Mitgliedsbeiträge
 - d. Wahl und Abberufung des Vorstands
 - e. Auflösung des Vereins
 - f. Entgegennahme des Jahresberichts und die Entlastung des Vorstands

- (2) Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, wird eine ordentliche Mitgliederversammlung vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.
Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn über 25% der stimmberechtigten Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragen.

- (3) Auf Beschluss des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung ausschließlich oder partiell über Wege der elektronischen Kommunikation durchgeführt werden.

- (4) Stimmberechtigt sind sämtliche ordentlichen Mitglieder, Ehrenmitglieder und Fördermitglieder des Vereins. Jedes Mitglied hat gleiches, einfaches Stimm- und Wahlrecht auf der Mitgliederversammlung. Das Stimm- und Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Natürlichen Personen müssen zur Ausübung ihres Stimmrechts mindestens 16 Jahre alt sein.

- (5) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 25% aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, lädt der Vorstand innerhalb von einem Monat zu einer zweiten Mitgliederversammlung mit gleicher Tagesordnung ein. Diese ist in dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

- (6) Zur Beschlussfassung ist eine einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Enthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht. Kommt es bei Wahlen zur Stimmengleichheit, findet eine Stichwahl statt. Sollte sich dabei keine Veränderung der Stimmenverteilung ergeben, so ist der Antrag abgelehnt. Stehen mehr als zwei Abstimmungsmöglichkeiten zur Wahl, so genügt bereits eine relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

- (7) Beschlüsse über die Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von 3/4, der Beschluss über die Auflösung des Vereins einer Mehrheit von 9/10 der abgegebenen gültigen Stimmen.

- (8) Über die Inhalte der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben ist. Jedes Mitglied ist zur Einsichtnahme in diese Protokolle berechtigt.

§11 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 9 dieser Satzung geregelten Stimmenmehrheit beschlossen werden.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen an „Psychosozialer Förderkreis Schlüchtern e.V.“, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
- (3) Vertretungsberechtigte Liquidatoren gemäß 47ff. BGB sind die Mitglieder des Vorstands.